

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 307

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe

Wien, am 4. Dezember 1937.

Die Budgetberatung im Wiener Rathaus.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte Freitag abend unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz, der wiederholt mit grundsätzlichen Feststellungen und aufklärenden Bemerkungen in die Verhandlungen eingriff, die Spezialdebatte in der Budgetberatung fort.

Zur Verhandlung gelangte das Kapitel "Allgemeine Verwaltung", worüber Obersenatsrat Dr. Hornek referierte. Unter Einrechnung der bei den Betrieben u. a. enthaltenen Personalaufwendungen rechnet der Voranschlag mit einem Gesamtpersonalaufwand von mehr als 146 Millionen Schilling, wovon 99 Millionen S auf das aktive Personal, 47 Millionen S auf die Pensionsparteien entfallen. Der Personalstand betrug am 1. August 1937 22.611 aktive Angestellte und 13.608 Pensionsparteien. Auf das Schulpersonal allein entfallen 48'6 Millionen S. Für das aktive Schulpersonal sind 27'7 Millionen S und für die Pensionsparteien 20'8 Millionen S veranschlagt. Das veranschlagte Bruttoerfordernis für das gesamte Schulwesen stellt sich auf nicht weniger als 61'3 Millionen S.

Frau Rat Dr. Motzko beschäftigt sich mit der Stellung der Vorstände der Bezirksfürsorgeämter und ersucht um Erlassung von Bestimmungen innerhalb der Stadtordnung, die ihr Arbeitsgebiet umschreiben. Nach anerkennenden Worten über die fortlaufende Neueinstellung zahlreicher Junglehrer und Junglehrerinnen bespricht die Rednerin die Lehrlingsfrage und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die Stadt Wien in dieser Frage die Initiative ergreifen möge. Sie verweist schliesslich darauf, dass in der letzten Zeit in Wien die Zahl der Einbrüche bedeutend zugenommen hat, und ersucht um Vorstellung bei der Bundespolizeidirektion zwecks Einsetzung eines stärkoren Wachdienstes, um ein Abflauen dieser kriminalistischen Welle zu erreichen.

Rat Ing. Gross meint, dass in Oesterreich für die Familiengründung junger Leute weniger geschehe als in anderen Ländern. Die Kinderzulage z. B. betrage 5 Schilling monatlich oder ein Viertelliter Milch täglich. Sehr wünschenswert wäre es, der Frage der Ehestandsdarlehen näher zu treten.

Rat Dr. Foglar-Doinhardstein begrüsst die Mehraufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs und die steigende Entwicklung des Fremdenverkehrs aus dem Auslande. Es wäre aber sehr angezeigt, durch geeignete Massnahmen auch den Inländerverkehr zu heben.

Rat Ing. Potravie gibt dem Wunsche der Industrie nach Vertretung im Arbeitsausschuss der Wiener Messe A. G. Ausdruck. Er verweist auf die Bemühungen zahlreicher Staaten im Ausbau des passiven Lutschutzes/dass auch die Wiener Stadtverwaltung entsprechende vorbeugende und abwehrende Vorkehrungen treffe.

Rat Rechberger wünscht, dass das noch freie Mandat der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft in der Wiener Bürgerschaft bald besetzt werde. Er beschäftigt sich weiter mit der Lage des Wiener Platzfuhrwerkes und ersucht, die alte Platzfuhrwerksordnung durch eine neue und zeitgemässe zu ersetzen. Schliesslich spricht der Redner zum Ladenschluss am 24. Dezember und erklärt, dass es der dringende Wunsch auch der Handelsangestellten sei, dem jetzigen Wirrwarr durch eine entsprechende Regelung des Ladenschlusses ein Ende zu machen.

Rat Dr. Ing. Hengl beschäftigt sich mit der Anstellung von Flurhütern und verlangt, dass als Flurhüter nur physisch geeignete und ortskundige Männer angestellt werden sollen. Er urgiert die Erlassung der zweiten Naturschutzverordnung, von der sich die Landwirtschaft einen besseren Naturschutz verspreche.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Rat Diesl beschäftigt sich ebenfalls mit der Frage des Ladenschlusses am 24. Dezember, erörtert den Standpunkt der Unternehmer in dieser Frage und wünscht eine Regelung, die Unternehmer, Arbeitnehmer und Bevölkerung befriedigt.

Bürgermeister Schmitz erwidert zunächst der Frau Rat Dr. Motzko, dass die Angelegenheit betreffend die Vorstände der Bezirksfürsorgeämter sich bereits im Stadium der Regelung befindet. Auch sein Wunsch sei es, die Dienstordnung für die städtischen Angestellten zu reformieren, um eine Reihe moderner Gedankengänge berücksichtigen zu können. Die Vorarbeiten hierzu seien bereits zum Teil begonnen worden. Die Arbeiten können aber erst dann weitergeführt werden, wenn in der Frage, ob in nächster Zeit ein Grundgesetz erlassen werde oder nicht, eine Klärung eintritt. Seit 1935 warten wir auf dieses Gesetz und sind in der eigenen Arbeit gehemmt, weil die Vorfrage, die Aenderung des Dienstrechtes für die Bundesangestellten selbst, auf grosse Schwierigkeiten stösst. Bezüglich des passiven Luftschutzes erklärt der Bürgermeister, dass diese Angelegenheit als ausschliessliche Bundessache gelte und die Führung bei der Militärverwaltung bleiben müsse. Die Stadtverwaltung könne nicht in diese Kompetenz eingreifen, sie halte mit den militärischen Stellen Verbindung, insbesondere bestehe beim Magistrat hiefür und für ähnliche Fragen ein eigenes Referat mit einem Fachmann als Vorstand, der in dieser seiner Eigenschaft auch der Verbindungsmann der Stadtverwaltung zur Militärverwaltung ist.

In seinem Schlusswort antwortet Obersenatsrat Dr. Hornek, dass in der Frage des Ladenschlusses am 24. Dezember das sogenannte Ermittlungsverfahren anhängig sei. Nach Abschluss desselben werde eine amtliche Verlautbarung erscheinen, die der Öffentlichkeit alle Einzelheiten genauestens mitteilen wird.

Die Ansätze des Kapitels "Allgemeine Verwaltung" werden genehmigt.

Nunmehr referiert Obersenatsrat Dr. Maly über das städtische Wohlfahrtswesen, das im Voranschlag 29 Prozent des Gesamtausgabenbudgets, nämlich mehr als 117 Millionen S, erfordert. Nach eingehender Erörterung der einzelnen Posten hebt der Berichterstatter hervor, dass in der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien rund 10.000 Personen tätig seien, 6.500 städtische Beamte und Angestellte und 3.500 ehrenamtliche Funktionäre.

Für die Wiener Winterhilfe 1936/37 wurden insgesamt 5'6 Millionen Schilling aufgewendet, von denen 4'5 Millionen S auf den Goldaufwand und 1'1 Millionen S auf den Naturalienaufwand entfallen. Befürsorgt wurden insgesamt ungefähr 400.000 Personen. 2'2 Millionen S wurden für Lebensmittelpakete, 604.000 S für Speiseanweisungen, 202.000 S für die Frühstückskaktion für Schulkinder, 255.000 S für Bekleidungsaktionen und 692.000 S für Beihilfen an andere Aktionen ausgegeben. Die Kohlen- und Holzaktion erforderte 786 Waggons. Das Ergebnis der Sammlung von Altkleidern waren 32.000 Stück.

Die Spendenwerbeaktion ist dem berufständischen Aufbau angepasst worden, was in mehrfacher Hinsicht eine Intensivierung der Spendenwerbung ermöglicht. Hiefür war auch der Gedanke bestimmend, dass durch die Mitwirkung der Berufsstände bei der Spendenwerbung für die Winterhilfe das Bewusstsein der Volksgemeinschaft am besten zum Ausdruck gebracht wird. Die Winterhilfsaktion erwartet von dieser Neuorganisation eine wesentliche Förderung ihrer Bestrebungen. Sie verfügt jetzt dank der Mitwirkung der Berufsstände über einen Kataster von 250.000 Spendern.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Der Berichterstatter erörtert ferner ausführlich die vielseitigen Bemühungen der Stadtverwaltung in der Lehrlingsfrage und führt dabei aus, dass heuer aus den Wiener Schulen etwa 20.000 Jugendliche entlassen wurden, zu denen noch 8.400 kommen, die von früher her noch ohne Beschäftigung sind. Vom Jänner bis November d.J. konnten nur 3.514 Jugendliche in Lehrstellen untergebracht werden. Nach einem Ausweis der Fortbildungsschulen werden im Laufe des Schuljahres 1937/38 insgesamt 6.235 Lehrstellen frei, und zwar 4.117 für Knaben und 2.118 für Mädchen. Es werden also von den Jugendlichen, die heuer aus der Schule entlassen wurden, etwa 10.000 in den normalen Arbeitslauf nicht eingeschaltet werden können. Rechnet man noch die 8.400 Jugendlichen aus den früheren Jahren mit ein, kommt man zu der betrüblichen Feststellung, dass nahezu 19.000 Jugendliche keine geregelte Beschäftigung haben. Das ist ein Problem, das in kürzester Zeit gelöst werden muss.

Die Räte Ing. Gross und Dr. Ing. Hengl bringen Bezirkswünsche vor, worauf Frau Rat Dr. Motzko mit Genugtuung feststellt, dass unter der neuen Wiener Stadtverwaltung in der gesamten Fürsorge sehr gesunde Grundsätze zum Durchbruch gekommen seien. Die Zusammenarbeit mit der privaten Fürsorge bewähre sich und bringe ein Steigen der Fürsorgeleistungen mit sich. Mit Rücksicht auf die Notlage von kinderreichen Familien ersucht die Rednerin, beim Arbeitsnachweis insbesondere jene arbeitslosen Familienerhalter zu bevorzugen, die kinderreiche Familien haben, lange arbeitslos oder gar schon ausgesteuert sind.

Rat Rechberger erklärt, dass die grossen Werke der Fürsorge nach jeder Richtung hin die grösste Anerkennung finden, und verweist sodann auf die Verelendung der arbeitslosen Jugend, die schon ein katastrophales Ausmass angenommen hat.

Nachdem Rat Diestler sich für eine Einschränkung der unentgeltlichen Abgabe von Lernmitteln ausgesprochen hatte, verlangte Rat Ing. Petravic die Zentralisierung der Spendenwerbung für sämtliche Wohlfahrtsaktionen.

Bürgermeister Schmitz gibt abschliessend einige Aufklärungen über die Familienasyle, deren Zweckbestimmung unter allen Umständen auch gegen Störenfriede gewahrt bleiben müsse, worauf nach Beantwortung einiger Anfragen durch den Berichterstatter die Ansätze des Kapitels "Wohlfahrtswesen" genehmigt wurden.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Eröffnung der neuen Zuflucht für werdende Mütter.

Auf Anordnung des Bürgermeisters wurde im Zentralkinderheim der Stadt Wien in der Bastiengasse eine neue Abteilung "Zuflucht für werdende Mütter" errichtet, die obdachlosen, nach Wien zuständigen Frauen und Mädchen in den letzten Monaten ihrer Schwangerschaft Unterkunft und Verpflegung gewährt. Das neue Fürsorgeheim hat in zehn freundlich und wohnlich gehaltenen Räumen einen Belagraum von 50 Betten und ist mit einem grossen Tagraum, Waschräumen mit fliessendem Kalt- und Warmwasser, Badezimmern, ärztlichen Untersuchungs- und Behandlungszimmern sowie einer Teeküche ausgestattet.

Die Zuflucht für werdende Mütter wurde heute vormittag eingeweiht und feierlich eröffnet. Nach einer vom geistlichen Rat Pfarrer Haas gelesenen hl. Messe, der Bürgermeister Richard Schmitz und Frau, Obersenatsrat Dr. Maly mit den leitenden Beamten des Wohlfahrtsamtes, die Leiterin des Mutterschutzwerkes der V.F. Rat der Stadt Wien Mina Wolfring, zahlreiche Räte

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

der Stadt Wien, die Mitglieder der Bezirksvertretung, Vertreter der V.F. und andere zahlreiche Festgäste beiwohnten, verwies Obersenatsrat Dr. Maly auf die Bedeutung der städtischen Fürsorge für Obdachlose und zugleich für die künftige Generation. Mit der Eröffnung dieser neuen Zufluchtstätte sei die von der neuen Wiener Stadtverwaltung eingeleitete Reform der Obdachlosenfürsorge abgeschlossen.

In der Eröffnungsansprache führte Bürgermeister Schmitz aus, dass in dem immer dichter werdenden Netz der städtischen Fürsorgemaßnahmen zum Schutze der Mutterschaft und Familie die Errichtung der neuen Zuflucht für werdende Mütter eine besondere Bedeutung habe, weil durch dieses Heim eine Lücke geschlossen werde. "Die Fürsorgeeinrichtungen der Stadt Wien für Frau, Kind und Familie", sagte der Bürgermeister, "dienen von den Beratungsstellen für Eheschliessende an bis zum Familienasyl der werktätigen positiven Hilfe. Diese sichert die Frauen und Mädchen mit der neuen Herberge im 12. Bezirk vor den Gefahren der nächtlichen Strasse, führt dann die werdende obdachlose Mutter in diese Zuflucht hier und sorgt für sie, bis die schwere Stunde vorüber ist. Sie hilft der Mutter mit ihrem Kind aber noch weiter, sie sorgt ununterbrochen für Mutter und Familie und sie sorgt für die Kinder, wenn sie grösser werden. So schliesst ein Werk sich an das andere an, bis dann die grosse und ernste Sorge der beruflichen Ausbildung der jungen Menschen, die die Schule verlassen haben, herantritt, eine Frage, deren Lösung die Grenzen von Macht und Einfluss der Stadtverwaltung leider überschreitet." Der Bürgermeister schloss seine Ansprache mit dem Wunsche, dass die Frauen und Mädchen, die in diesem neuen und schönen Heim Zuflucht finden, dieses an Leib und Seele gestärkt und lebensmutig verlassen mögen.

Nach dem Weiheakt besichtigten der Bürgermeister und die Festgäste die Räumlichkeiten, deren Einrichtungen und Ausstattung lebhaft Anerkennung fanden.

Gleichfeier beim städtischen Neubau Ziegelofengasse.

Nach Demolierung der städtischen Althäuser im 5. Bezirk, Ziegelofengasse 12-14, lässt dort die Stadtverwaltung mit Hilfe des Kleinwohnungsbauförderungsgesetzes ein fünfstöckiges Wohnhaus aufführen, das 54 Wohnungen und 4 Geschäftslokale enthalten wird. Der Neubau steht rund 6 Meter hinter der alten Baufucht, wodurch eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Ziegelofengasse erzielt wurde. Bei der heutigen Gleichfeier sprach in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Waldsam, worauf Baumeister Peter Brich, Bauarbeiter Kraus und Bezirksvorsteher Hofrat Jakob mit Dankesworten erwiderten.

Einführung von Schneearbeiterkarten.

Der Magistrat wird zufolge Entschliessung des Bürgermeisters vom 28. November d.J. zu Schneesäuberungsarbeiten in der kommenden Winterperiode ausschliesslich in Wien wohnhafte Personen heranziehen, die auf Grund ihrer Bedürftigkeit mit Schneearbeiterkarten betheilt wurden. Anspruch auf eine Schneearbeiterkarte haben demnach grundsätzlich nur Besitzer eines Fürsorgebuches.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Personen, die sich um eine Schneearbeiterkarte bewerben wollen, haben sich unter Mitnahme ihres Fürsorgebuches und eines Personaldokumentes an das Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes zu wenden. Die Inhaber eines Fürsorgebuches haben ihren Anspruch an den nachstehend angeführten Tagen je nach dem Anfangsbuchstaben ihres Namens in der Zeit von 15 Uhr bis 17 Uhr geltend zu machen: A bis E am 6., F bis H am 7., J bis L am 9., M bis P am 10. und Q bis Z am 13. Dezember.

Die Besitzer von Fürsorgebüchern mit den Buchstaben B bis D werden zu einem späteren Zeitpunkte aufgerufen.

Die Bewerber erhalten bei der Anmeldung im Fürsorgeamte einen Bezugschein auf eine Schneearbeiterkarte. Die Schneearbeiterkarte selbst wird erst zu einem späteren Zeitpunkte, der neuerlich verlautbart wird, in den Bezirkskanzleien der städtischen Strassenpflege gegen Einziehung des Bezugsscheines ausgefolgt.

Einführung einer Gehstrecke auf der Strassenbahnlinie 40.

Wie die Strassenbahn-Direktion mitteilt, ist von nun an das Umsteigen zwischen der Linie 40 und den durch die Billrothstrasse und Döblinger Hauptstrasse verkehrenden Strassenbahnlinien trotz Zurücklegung einer Gehstrecke durch die Gymnasiumstrasse oder durch den Währinger Park erlaubt. Die Fahrgäste, die diese Gehstrecke benützen, ersparen den Umweg über den Gürtel, wenn sie von der Linie 40 nach Grinzing, Sievering, zur Hohen Warte oder umgekehrt gelangen wollen.
